

Freie Demokratische Partei (FDP)

Auszug aus dem Landtagswahlprogramm 2022 der FDP

Arbeitsmarktpolitik

Arbeit und Erwerbstätigkeit sind wichtige Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens. Wir haben am Arbeitsplatz soziale Kontakte und intellektuelle Herausforderungen. Bei den meisten Menschen ist ihr Beruf Teil ihrer Identität. Jeder Mensch, der nicht am Arbeitsleben teilhat, ist ein Verlust für uns alle. Die Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen, wie sie ihr Leben gestalten möchten. Das gilt auch für die verschiedenen Lebensphasen. Um dem besser gerecht werden zu können, dürfen individuelle Arbeitswünsche und -modelle nicht unnötig eingeengt werden. (...)

Wir wollen: (...)

- ein sinnvolles und zeitgemäßes Fachkräftezuwanderungsrecht einführen, das neben einem Punktesystem für Integrationsanforderungen auch einen Spurwechsel, z. B. für hier derzeit geduldete Menschen, beinhalten muss. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und dazu unter anderem moderne Arbeitszeitmodelle unterstützen, die zu den individuellen Lebensmodellen passen sowie Modellprojekte zur Teilzeitausbildung fortsetzen und ausweiten.
- die Jugendberufsagenturen weiter ausbauen.
- die Integration in den Arbeitsmarkt von Jugendlichen ohne Schulabschluss, Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Migrationshintergrund verbessern und dazu unter anderem die Produktionsschulen stärken. (...)

Verbesserung der Lehrkräftebildung

Lehrkräfte haben einen der wichtigsten Berufe in unserer Gesellschaft, weshalb auch ihre Ausbildung von enormer Bedeutung ist. Schleswig-Holstein verfügt mit der Christian-Albrechts-Universität Kiel und der Europa-Universität Flensburg über exzellente Universitäten, die Lehrkräfte für alle Schularten der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ausbilden. Wir wollen die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte in unserem Bundesland weiter verbessern.

Deshalb werden wir (...)

- ein Programm starten, um insbesondere Studienberechtigte mit Migrationshintergrund für ein Lehramtsstudiengang zu gewinnen. (...)



Für ein zeitgemäßes Zuwanderungsrecht

Wir setzen uns in allen Lebensbereichen für eine freiheitliche und moderne Gesellschaft ein. Religiöse oder ethnische Hintergründe von Menschen sollen keine Rolle dabei spielen, wie sich individuelle Biografien in Schleswig-Holstein entwickeln können. Wir setzen uns für ein tolerantes und weltoffenes Miteinander ein. Jeder soll auf Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Werte und Gesetze die Möglichkeit haben, sich in die Gesellschaft einzubringen und zu integrieren. Es gilt, klar zu trennen zwischen humanitärer Hilfe und subsidiärem Schutz, den wir Flüchtlingen zuteilwerden lassen und einer transparenten Zuwanderungspolitik. Wir unterstützen eine legale Zuwanderung nach klaren Kriterien. Demzufolge unterstützen wir die Vereinbarungen aus dem Ampel-Koalitionsvertrag auf Bundesebene zu einem Zuwanderungsgesetz, denn Deutschland ist ein Zuwanderungsland und benötigt dementsprechend ein gebündeltes Zuwanderungsgesetzbuch.

Deshalb gilt für uns:

- Wir brauchen ein sinnvolles Zuwanderungsgesetz und werden entsprechende Initiativen auf Bundesebene konstruktiv begleiten.
- Wir brauchen schnellere und bundesweite Anerkennung ausländischer Abschlüsse (Ausbildung und Studium) oder zumindest Teilanerkennungen, so dass hier keine ganzen Ausbildungsgänge noch einmal durchgeführt werden müssen.
- Die brauchen sinnvolle Möglichkeiten, dass Betroffene eine doppelte Staatsangehörigkeit annehmen können.
- Wir unterstützen Bestrebungen, eine beschleunigte Einbürgerung bei nachweislich sehr guter Integration zu ermöglichen.
- Wir unterstützen eine schnelle Verbesserung von Sprachkenntnissen über ein breites und kostengünstiges Angebot von Sprach- und Integrationskursen.

Eingliederung beim Zuzug von EU-Ausländern

EU-Bürger genießen in der EU Freizügigkeit und sind damit grundsätzlich eigenverantwortlich bei einer Übersiedlung. Bekannt ist aber auch, dass der Zuzug vielfach weitgehend unvorbereitet auf das Zielland und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse erfolgt. Vielfach übersiedeln Familienmitglieder ebenfalls. Da kostenpflichtige Bildungsangebote nicht in

Anspruch genommen werden, sollte Integrationsangebote auch auf diese Personengruppe ausgeweitet werden.

Wir fordern

- Beratungsangebot bei der Anmeldung Kostenfreie Sprachkurse
- Beschulung von Schulpflichtigen mit halbjährigem Sprachunterricht (DAZ)
- Analphabeten in entsprechende Bildungsangebote integrieren.
- Integrationskurse.

Humanitäre Flüchtlingspolitik mit klaren Regeln

Menschen, die vor Krieg fliehen oder individueller Verfolgung (politisch, sexuelle Orientierung, Geschlecht, Ethnie, Religion) müssen die Möglichkeit behalten, in Deutschland Schutz zu suchen und zu erhalten.

Damit Schleswig-Holstein schnell zu einem neuen Zuhause für Geflüchtete werden kann, muss ein schneller und einfacher Zugang zu Integrations- und Sprachkursen gewährleistet werden. Auch die Möglichkeit, sich in den Arbeitsmarkt einbringen zu können, wirtschaftlich unabhängig zu werden und sich darüber in die Gesellschaft zu integrieren, muss unkompliziert ermöglicht werden.

Deshalb fordert die FDP Schleswig-Holstein

- frühestmögliche Integrations- und Sprachkurse.
- Möglichkeiten, um vom Flüchtlings- in einen Zuwandererstatus zu wechseln. Bei besonderen Integrationsleistungen und wirtschaftlicher Selbstständigkeit muss der Spurwechsel möglich werden.
- eine angemessene Unterstützung der Kommunen auch durch den Bund, denn Unterbringung, Sprachkurse etc. verursachen enorme Kosten.
- spezielle Aufklärungskurse für Frauen und Mädchen über ihre Rechte in Deutschland. Integrationsmaßnahmen müssen grundsätzlich auf Basis der Werte des Grundgesetzes erfolgen.
- die Sicherung der Finanzierung ehrenamtlicher Integrationsprojekte über angemessene Förderungen und niedrige Hürden.
- Kriterien für sichere Herkunftsstaaten stärker zu differenzieren und damit die Möglichkeit für Asylsuchende zu schaffen, auch nach einzelnen Kriterien Asyl zu beantragen (z. B. Religion, Sexualität, politische Überzeugungen, Geschlecht, etc.).
- konsequente Rückführung, wenn weder akuter Schutz nach Kriterien des Asylrechts noch Kriterien des Zuwanderungsrechts erfüllt werden. schnelle und konsequente Umsetzung von Entscheidungen zum Bleiberecht: Menschen können nicht jahrelang in einem Duldungsstatus verharren und in der Luft hängen gelassen werden. Wenn der deutsche Staat

es nicht schafft, die Ausreisepflicht durchzusetzen, dann muss man den Menschen eine verlässliche Perspektive bieten, damit sie die Chance haben am Gesellschafts- und Wirtschaftsleben teilzuhaben. Ein Spurwechsel muss auch nach gescheitertem Asylverfahren möglich sein.

- Bevor eine ausreisepflichtige Person in Abschiebebegewahrsam genommen wird, steht die Prüfung, ob eine Fußfessel den Zweck der Überwachung bis zur Ausreise ebenfalls erfüllt, diese wird vorrangig angewandt.
- Sanktionen beim Missbrauch des Sozialrechts: Diese müssen bei missbräuchlicher Inanspruchnahme – wie überall – konsequent verhängt werden.
- beim Asylgrund „Verfolgung wegen sexueller Identität“, dass die Verfahren und die Unterbringung für LSBTIQ-Geflüchtete sicher sein müssen.

Gleichberechtigung und Queer

Unser Schleswig-Holstein ist stark, weil es Vielfalt zulässt. Dadurch entstehen neue Möglichkeiten und neue Ideen. Demokratie braucht Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven. Wir wollen, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, nach seinen Träumen und Bedürfnissen sein Leben mit anderen Menschen zu gestalten. Wo Menschen auf ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe reduziert und diskriminiert werden, stellen wir uns in den Weg. Respekt, Toleranz und Chancengerechtigkeit sind das Fundament unseres Zusammenlebens im Norden.

Selbstbestimmte Lebensgestaltung

Wir wollen Menschen ermutigen, den Lebensweg zu gehen, der für sie der richtige ist. Wir Freie Demokraten arbeiten für ein Land, in dem Menschen selbstbestimmt leben können. Familie und Beruf sollen miteinander vereinbar sein. Dafür erweitern wir die Möglichkeiten, fördern Respekt und beseitigen Diskriminierung.

Wir werden

- die Kinderbetreuung weiter insbesondere mit Blick auf die Betreuungszeiten ausbauen und gemeinsam mit den Sozialpartnern flexible Arbeitsmodelle stärken, etwa hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsort und Arbeitsverteilung (z. B. Jobsharing).
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wo immer möglich weiter verbessern: Dies gilt für alle Partnerschaften, inklusive Patchwork- und Regenbogenfamilien, und für alle Menschen, die Kinder erziehen.
- die Bundesregierung bei der geplanten Modernisierung des Familienrechts unterstützen: Dazu gehört unter anderem, sicherzustellen, dass elterliche Sorge gleichberechtigt zum Wohle des Kindes ausgeübt werden kann sowie Mehrelternschaften anerkennen.
- eine moderne Kultur der Gleichberechtigung fördern, um Bedingungen zu schaffen, die dem individuellen Menschen gerecht werden. Wir wollen den Menschen nicht zum Gegenstand von Quotenregelungen machen. Wir

wenden uns gegen alle Benachteiligungen an sich. Dies gilt auch unabhängig davon, ob es sich um eine Benachteiligung von Frauen, Männern oder diversen Menschen handelt. In diesem Sinne wollen wir unter anderem ermöglichen, dass auch Männer und diverse Menschen sich für das Amt des/der Gleichstellungsbeauftragten bewerben können.

- die Bundesregierung bei der Einführung des Instituts der Verantwortungsgemeinschaft unterstützen und damit jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe zwei oder mehr volljährigen Personen ermöglichen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen.
- uns für das Equal Pay-Prinzip (Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit) einsetzen. Dafür unterstützen wir Initiativen zur Lohntransparenz in Unternehmen.
- bei Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen Rücksicht auf spezielle Bedarfe nehmen, um z. B. auch mehr Frauen bei der Gründung von Unternehmen zu unterstützen.

LSBTIQ-Rechte leben

Wir stehen für LSBTIQ-Rechte ein. Diese Rechte sind Menschenrechte. Menschen sollen entsprechend ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität leben können, ohne diskriminiert zu werden.

Wir werden

- den Landesaktionsplan für die Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten in Zusammenarbeit mit der Community und anderen NGOs fortentwickeln und für eine bedarfsgerechte Finanzierung sorgen.
- die Bundesregierung bei der Umsetzung der Erfolge im Koalitionsvertrag für LGBTIQ-Rechte unterstützen, z. B. bei der Ergänzung des Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes, um ein Verbot der Diskriminierung beim Adoptionsrecht und aufgrund der sexuellen Identität sowie eine Ersetzung des Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz durchzusetzen.
- uns für ein vollständiges Verbot sogenannter „Konversions-therapien“ einsetzen.
- einen diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende unterstützen: Nicht die sexuelle Identität ist entscheidend, sondern das individuelle Risikoverhalten.
- die Finanzierung von Beratungsleistungen und -stellen für LSBTIQ sichern: Wir wertschätzen insbesondere die Leistungen dieser Institutionen in der Pandemie. Gleiches gilt für die AIDS-Hilfen: Die regionale Verteilung von Beratungsangeboten wollen wir verbessern.
- uns für eine LSBTIQ-sensible Altenpflege sowie eine entsprechende Berücksichtigung in der Ausbildung einsetzen.
- weiterhin Schulen ermutigen, die Angebote von Schulaufklärungsprojekten wahrzunehmen für eine Jugendarbeit, die selbstbewusste Coming-Outs unterstützt.

Vielfalt in der Gesellschaft

Wir wollen, dass Schleswig-Holstein weiterhin selbstbewusst für die Stärke der Vielfalt einer Gesellschaft eintritt. Pflegen wir aktiv die freiheitliche Kultur unseres Zusammenlebens, damit sie eine Selbstverständlichkeit bleibt. Dazu gehört, dass das Land in der Verwaltung, in öffentlichen Unternehmen und öffentlichen Institutionen Vielfalt fördert. So erreichen wir bessere Entscheidungen. Wir wollen gesellschaftliche Repräsentanz sichern, ohne dabei die Gesellschaft in immer kleinere Gruppen zu unterteilen und Menschen auf die Zugehörigkeit zu einer Gruppe zu reduzieren.

Wir werden

- uns für Diversity-Management in der Verwaltung, in öffentlichen Unternehmen und öffentlichen Institutionen einsetzen. Wo möglich, wollen wir insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen bei Diversity-Management-Maßnahmen unterstützen, um die Fachkräfteversorgung sicherzustellen.
- weiter für eine umfassende Demokratiebildung, zielgruppen- und altersspezifisch, an Schulen sorgen. Dazu gehört ein umfassendes Bewusstsein über die Vielfalt der Gesellschaft. Dies soll auch bei Weiterbildungsangeboten für Lehrkräfte berücksichtigt werden. Projekte zur Toleranzförderung und Gewaltprävention werden wir weiter unterstützen.
- uns für eine ausreichende Diversität und Qualität im NDR-Rundfunkrat und im Medienrat Hamburg-Schleswig-Holstein einsetzen, um z. B. auch die ausreichende Repräsentanz von LSBTIQ zu gewährleisten.
- Kommunen dabei unterstützen, ihre Städtepartnerschaften auch zum Dialog über Werte und Menschenrechte zu nutzen.
- dafür Sorge tragen, dass die Einführung des Geschlechtseintrags „divers“ auf allen Ebenen der Landespolitik und der Verwaltung umgesetzt wird.

Prävention, Schutz und Strafverfolgung

Selbstbestimmtes Leben muss geschützt werden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellen wir uns genauso entschlossen entgegen wie sexualisierter Gewalt. Schleswig-Holstein schaut mit uns nicht weg, auch nicht bei Hass im Netz.

Wir werden

- gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfassend bekämpfen, unabhängig davon, ob es sich um Antisemitismus, Sexismus, Homophobie, Antiziganismus, Transfeindlichkeit, antimuslimischen Rassismus oder eine andere Ausprägung handelt.
- die Polizei dabei unterstützen, entsprechendem strafrechtlich relevanten Verhalten, inklusive Stalking, besser zu begegnen. Wir werden ein Aktionsprogramm gegen Hasskriminalität entwickeln, das Hasskriminalität im Netz, wie Beleidigung und Mobbing mitumfasst, um insbesondere zu verhindern, dass es zu realer Gewalt kommt.

- den Schutz vor Gewalt vorantreiben. Dazu unterstützen wir beispielsweise eine Politik im Sinne der Istanbul-Konvention gegen geschlechtsspezifische Gewalt und werden Maßnahmen zur Gewaltprävention insb. an Schulen stetig evaluieren und ggf. neue Modelle testen.
- die Frauenhäuser, inklusiver dazugehöriger Kinderschutzräume, und Frauenberatungsstellen in Schleswig-Holstein stärken. Die beratende, psychosoziale und nachsorgende Arbeit für die Frauen, ebenso wie die Unterstützung bei konkreten Gewaltschutzmaßnahmen und die Vermittlung von Rechtsbeiständen ist wertvoll. Wir wollen es Frauen erleichtern, nach einem Aufenthalt in einem Frauenhaus wieder ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Dazu sind Unterstützungsangebote innerhalb und außerhalb von Frauenhäusern aufeinander abzustimmen. Wir wollen ein länderübergreifendes Onlineverzeichnis für freie Frauenhausplätze prüfen.(...)
- sicherstellen, dass das Amt des Beauftragten für die Landespolizei Schleswig-Holstein ausreichend ausgestattet ist für entsprechende Beschwerden von Bürgern. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns gegen ein Landesantidiskriminierungsgesetz aus, das durch eine Beweislastumkehr insb. die Polizeiarbeit bürokratisch erschwert und Polizeibeamte, die für unsere Sicherheit sorgen, unter Generalverdacht stellt.(...)

Das vollständige FDP-Landtagswahlprogramm 2022 im Internet: <https://bit.ly/3jwRMib>